

Der Zürcher Bote

Spezialthema «Sicherheit schaffen»
im Leitartikel und auf Seite 5

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

**Testament?
Erbvertrag?
Stiftungen?
Hausverkauf?**

Wichtige Fragen und Probleme, die gerne verdrängt, aber bei klarer Sicht der Dinge gelöst und entschieden werden sollten. Fragen Sie uns – seit 1980 sind wir für unsere Klienten da

Dr. iur. Michael E. Dreher, MBA HSG
DR. DREHER & PARTNER AG
8702 Zollikon / beim Bahnhof
T 044 396 15 15 - E drdr@dreher.ch

«SICHERHEIT SCHAFFEN»

Sicherheitspolitik zurück auf der Agenda

In einem vielbeachteten Referat nahm Verteidigungsminister Ueli Maurer jüngst Stellung zur sicherheitspolitischen Lage in der Schweiz sowie zum Zustand unserer Armee. Der «Zürcher Bote» druckt das Referat in gekürzter Fassung ab.



UELI MAURER
BUNDESRAT SVP
WERNETSHAUSEN

Wenn man sich, wie ich, von Amtes wegen mit Sicherheitsrisiken auseinandersetzt, wird man gerne als Schwarzmalerei bezeichnet. Das ist verständlich: Sicherheit ist Lebensqualität. Und jedes Mal, wenn die Sicherheit in Frage gestellt wird, leidet das Sicherheitsgefühl und damit die Lebensqualität. Man hat nicht gerne Angst. Man macht sich nicht gerne Sorgen. Und doch ist die Sorge der Antrieb zur Vorsorge.

Und die Vorsorge wiederum hilft uns, die Sicherheit auch mittel- und langfristig zu erhalten. Gerade weil wir maximale Sicherheit wollen, dürfen wir mögliche Gefahren und Bedrohungen nicht einfach ausblenden. Wer Sicherheit will, darf Sicherheit nicht als Selbstverständlichkeit betrachten.

Leider sind Auseinandersetzungen, Konflikte, Krisen und Kriege auch Teil dieser Welt: In den letzten Jahren zählte man jeweils über ein Dutzend grössere bewaffnete Konflikte. An weiteren Orten bestehen Spannungen, von denen man nicht weiss, ob sie in Gewalt umschlagen: Säbelrasseln vernimmt man beispielsweise aus dem Nahen Osten und von der koreanischen Halbinsel.

Kriegsbilder und Konfliktszenarien

Wenn wir von Spannungen, von Konflikten oder gar von Krieg reden, dann melden sich Bilder, die unsere Vorstellungen steuern.

Teilen wir die letzten 70 Jahre in fünf Epochen ein. Jede dieser Epochen prägt ein eigenes Bild, das bis heute nachwirkt. Damit haben diese Epochen mit ihren Konflikten eine begriffsprägende Wirkung erlangt. Wenn wir «Krieg» oder «Konflikt» hören, denken wir unwillkürlich an eines dieser fünf Bilder, die ich Ihnen kurz skizziere:

Der Zweite Weltkrieg: Auch wenn dieser Krieg schon Jahrzehnte zurückliegt, hat er als traumatisches Ereignis

sich tief ins kollektive Gedächtnis eingefressen; so tief, dass auch Nachgeborene beim Stichwort Krieg oft an einen Massenkrieg denken, an einen Materialkrieg, an einen totalen Krieg nach dem Muster des Zweiten Weltkrieges.

Der kalte Krieg: Zwei hochgerüstete Machtblöcke, die sich belauern, die mit Atomwaffen ein Gleichgewicht des Schreckens halten und auf dem ganzen Globus, vor allem in der Dritten Welt, Stellvertreterkriege führen. Auch wenn man in Westeuropa nicht unmittelbar durch Kriegsgeschehen betroffen war, das unheimliche Damoklesschwert eines Dritten Weltkrieges, einer sowjetischen Aggression und eines Atomschlagens hing immer über allen.

Die Zeit nach 1989: Das ist die Zeit der grossen Weltfriedenshoffnung. Keine Freund-Feind-Konturen mehr, stattdessen eine Weltgemeinschaft, die sich gemeinsam den Problemfällen annimmt. Zum Beispiel einem Diktator wie Saddam Hussein. Unter dem Dach der UNO werden die Bemühungen gebündelt und koordiniert. Das beste Beispiel ist der erste Irak-Krieg von 1991. Dieser fand auf der Grundlage einer UNO-Resolution statt und sah eine breitabgestützte, buntgemischte Koalition gegen den Friedensbrecher Irak aufmarschieren.

Die Staatsinteressen drifteten aber bald wieder auseinander. 1999 wurde der Luftkrieg gegen Serbien als «humanitärer Krieg» verteidigt, aber für ein UNO-Mandat reichte die Einigkeit bereits nicht mehr.

Die Zeit nach 2001: Gemäss amerikanischer Bezeichnung herrscht seither Krieg gegen den Terror. Mit den Angriffen auf die Twin-Towers und das Pentagon verlor das Schlachtfeld jede Begrenzung. Krieg kann überall sein. Und alles kann eine Waffe sein, auch Linienflugzeuge. In den Konflikten dieser Epoche haben sich vor allem auch Bilder als starke Waffe erwiesen. Die Amerikaner kommunizierten im Golfkrieg 2003 mit sogenannten «eingebetteten Journalisten», ausgewählten Medienvertretern, die mit

der Truppe unterwegs waren und direkt von der Front berichteten. Terrorzellen antworteten via Internet mit blutigen Videos.

Politisch gesehen wurde die Weltlage wieder polarisierter. «Für uns oder gegen uns», war zu hören. Von einer einigenden und solidarischen Weltgemeinschaft konnte keine Rede mehr sein. Der zweite Irakkrieg 2003 wurde ohne UNO-Beschluss durch eine so genannte Koalition der Willigen geführt.

Weltfriedenshoffnung

Die Epoche, welche die Kriegsvorstellungen und die Sicherheitsdebatte bis heute am stärksten prägt, ist die Phase nach 1989. Nach dieser Vorstellung dominiert eine Weltfriedensarchitektur, getragen durch eine Weltgemeinschaft, die in freundschaftlicher Verbundenheit die wenigen verbleibenden Probleme löst. Alle befinden sich auf der Einbahnstrasse zum ewigen Frieden, ab und zu mag es zwar auf dem Weg dahin noch eine Kollision geben, dann rückt die Weltgemeinschaft gewissermassen als Sanität und Verkehrspolizei aus; solche Zwischenfälle sind dann ärgerlich und traurig, aber eben doch nicht mehr als eine Episode.

Nach dieser Vorstellung weigert sich die Zeichen der Zeit zu erkennen, wer abseits steht. Oder er ist ein Egoist, der nur kleinlich auf den eigenen Vorteil bedacht ist. Oder er ist gleich beides, ein selbstsüchtiger Ewiggestriger.

Unsere Sicherheitsdiskussion ist im Wesentlichen hier stehen geblieben, beim ersten Irak-Krieg 1991. Es ist die Überzeugung, in einer reibungslos funktionierenden, selbstlos zusammenspielenden Staatengemeinschaft gut aufgehoben zu sein.

Die Welt hat sich aber in den letzten bald zwanzig Jahren weiter bewegt. Der Krieg gegen den Terror löste eine neue Art militärischer Interventionskriege aus. Getragen werden sie durch sogenannte «Koalitionen der Willigen». Die Wirklichkeit dieser Kriege wurde bei

Krieg kann überall sein. Und alles kann eine Waffe sein, auch Linienflugzeuge.

uns noch nicht richtig wahrgenommen, noch immer sehen viele darin robuste Friedensmissionen oder humanitäre Interventionen.

Denken wir an Afghanistan. Die Amerikaner sprechen offen von Krieg, während andere, die auf dem selben Schlachtfeld operieren, wortreiche Umschreibungen vorziehen. Aber wie immer man den Konflikt auch benennen will, es ändert nichts an der Tatsache, dass gekämpft und gestorben wird.

Und wir nehmen auch jetzt noch gar nicht richtig zur Kenntnis, dass diese modernen Armeen im Einsatz nicht überzeugen. Die moderne israelische Armee konnte im letzten Libanonkrieg vom Sommer 2006 gegen die Hisbollah keinen schnellen Sieg erringen. Die NATO-Armeen vermögen den Widerstand im Irak nur teilweise einzudämmen, brechen können sie ihn nicht. Und in Afghanistan kämpfen die Amerikaner mit der modernsten Armee der Welt. Und das in einem Gelände, das von unserem nicht ganz verschieden ist.

Ich setze mich dafür ein, dass sich die Sicherheitsdiskussion von der vergangenen Epoche der grossen Weltfriedenshoffnung lösen kann. Damit erhalten wir den gedanklichen Freiraum, uns mit den Herausforderungen der Zukunft zu beschäftigen. Und dazu gehört leider auch – so realistisch müssen wir sein –, dass wir schlimmste Szenarien wie bewaffnete Aggressionen nicht ausschliessen können.

Was die Zukunft bereithält, weiss niemand. Richtig ist deshalb ein offener Ansatz: Es gilt an der Flexibilität zu arbeiten, innert kurzer Zeit reagieren zu können.

Der Zustand unserer Armee

Unser Ziel muss sein, den Frieden in Freiheit zu sichern. Dazu können und müssen die verschiedensten Bereiche einen Beitrag leisten; ich denke an unsere Energieversorgung, an unsere Landwirtschaft und Ernährungssouveränität, an unsere Wirtschaftspolitik, an unsere Aus- und Neutralitätspolitik, an unseren Nachrichtendienst, an unseren Bevölkerungsschutz – und eben auch an unsere Armee. Ich setze bei der Armee den Schwerpunkt, weil Sie mich ja als Vorsteher des VBS eingeladen haben, aber auch weil die Armee das Mittel ist, das wir einsetzen können, wenn alle andern Mittel versagt haben. Die Armee ist gewissermassen die Rückversicherung un-

serer Sicherheit und Freiheit. Entsprechend dem Subsidiaritätsgrundsatz drängt sich die Armee nicht auf; aber schnell kann der Mittel- und Personalbedarf ein Ausmass annehmen, das nur noch durch die Armee abgedeckt werden kann. Somit wirkt die Armee als Stütze des Staates in ausserordentlichen Lagen.

Denken wir an den Schutz unserer kritischen Infrastruktur. Die Schweiz muss fähig sein, diese zu sichern und zu schützen: Flughäfen, Bahnhöfe, Strassenverbindungen, Kraftwerke, Staudämme, Stromverteiler und wichtige Industrieanlagen. Dazu ist allein die Armee in der Lage.

Denn der Kräftebedarf ist hoch. Nehmen wir als Beispiel die Nord-Süd-Achse A 2 von Basel über Luzern, Aaldorf, Gotthard, Lugano nach Chiasso. Allein diese Achse weist 634 Brücken, 45 Tunnels und 720 andere Kunstbauten auf. Das macht deutlich, wie wichtig ein einsatzbereites und glaubwürdiges Sicherheitsinstrument in der Hand der Landesregierung ist. Und das gibt uns auch einen Hinweis auf die erforderliche Grösse und Stärke der Armee.

Unsere Armee muss verhindern, dass in unserem eigenen Land ein sicherheitspolitisches Vakuum entsteht. Dadurch leistet sie übrigens auch einen Beitrag an die internationale Stabilität. Allein beispielsweise die Tatsache, dass die Schweiz auf ihrem Territorium wichtige Nord-Süd-Achsen schützt, ist eine Leistung, die ruhig selbstbewusst als Beitrag an den Frieden in Europa verstanden und vermittelt werden darf.

Ausserordentlichen Ereignissen muss mit einem starken strategischen Mittel begegnet werden können. Wir müssen notfalls in der Lage sein, auf Ausnahmesituationen zu reagieren, die wir uns jetzt unmöglich vorstellen können.

Fortsetzung Seite 5

Sicherheitspolitik zurück auf der Agenda

Referat von
Bundesrat Ueli Maurer
gehalten vor dem

Schweizerischen Institut für Auslandsforschung
am 6. Mai 2010 an der Universität Zürich.

Das Referat ist als Podcast im Originalwortlaut
verfügbar unter www.siaf.ch.

**Arbeitskräfte für
Landwirtschaft und Gewerbe**

Arbeitskräfte gesucht:
Als Betriebshelfer
als Temporärarbeitskräfte tages-, wochen-
oder monatsweise für Bau-, Gartenbau,
Industrie und Gewerbe

Arbeitskräfte im Angebot:
Betriebshelfer / Gärtner / Bauarbeiter
motiviert arbeitende

Maschinenring
Maschinenring Zürich, 8630 Rüti, T. 055 251 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring-jobs.ch

WELCOME TO TEMPUR®
welcome to bed™

GRATIS!
IM WERT VON CHF 510.-

Beim Kauf eines TEMPUR®-Bettsystems
(Matratze und Bettautomaten)
erhalten Sie ein TEMPUR-FIT™-Duvet*
im Wert von Fr. 549.- gratis**!

TEMPUR®-Schlafwochen bis 22. 5. 2010

*Grösse: 160 x 210 cm
**gültig während der TEMPUR®-Schlafwochen
Für weitere Auskünfte und Angebote
fragen Sie Ihren TEMPUR®-Fachhändler.

STÖRCHLI
MÖBELHAUS
Frohwiessstrasse 5
8330 Pfäzlikon
Tel. 044 950 17 86
www.moebel-stoerchli.ch

**Kostenlos
Probeschlafen**

WBS - das Matratzensystem
für den vollkommenen
Schlafkomfort

wideg ag
Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel 044 935 25 46
info@wideg.ch
www.wideg.ch

**Schreinerei
Hanspeter Rütschi**

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch
info@schreinerei-ruetschi.ch

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovierungen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräte austausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork
und vieles mehr ...

**Fragen Sie uns oder
besuchen Sie unsere Ausstellung.**

**Neu in Wädenswil
Architekturbüro Fritschi**
Umzug Lachen nach Wädenswil

Seestrasse 162, 8820 Wädenswil
Telefon 044 680 24 04
fritschi-architektur@bluewin.ch

Unser Spezialgebiet:
Um- und Anbauten jeglicher Art

Minergie-Umbauten:
Erdschicht / Sonnenkollektoren /
Photovoltaik / Wärmepumpe /
Fassadenanierungen

Wir sind:
zuverlässig, kostenbewusst und
arbeiten rund um den Zürichsee

EU-Stimmrecht: wertlos wie der Euro



VON CHRISTOPH
MÖRGELI

Dass EU-Botschafter Michael Reiterer die griechische Tragödie als «Herausforderung» verniedlicht, gehört zum Job. Ein Diplomat ist dazu bezahlt, Katastrophen schönzureden und in verbale Watte zu hüllen. Wenn aber die publizistischen und politischen Hohepriester des EU-Beitritts im eigenen Land die Brüsseler Fehlkonstruktion noch immer mit Räucherstäbchen abfeiern, werden sie allmählich zum Fall für den Sekten-spezialisten Hugo Stamm.

Offenbar vermögen weder Fakten noch Zahlen die EU-Anbeter in die Realität zurückholen. In geradezu religiöser Hingabe an die Erlösung durch die Integration sind sie keinen Argumenten mehr zugänglich. Sie wollen nicht wahrhaben, dass nur Irrsinnige eine Einheitswährung über Länder mit völlig unterschiedlicher Staatsverschuldungen, Steuer-, Geld- und Sozialpolitik stülpen konnten. Roger de Weck jammert unermüdlich: «Wir sind das 28. EU-Mitglied, ohne Stimmrecht. Als Patriot finde ich das demütigend.» Auch unser Bundesrat gehört zu den EU-Gläubigen. Er meint in seinem aktuellen ausenpolitischen Bericht: «Der bilaterale Weg darf nicht zu einer De-facto-Mitgliedschaft ohne Stimmrecht führen.»

Christa Markwalder, Präsidentin der Neuen Europäischen Bewegung, leierte wie in Trance die scherbelnde Melodie vom EU-Beitritt: «Damit wir endlich auch dort mitentscheiden können, wo für die Schweiz wesentliche Entscheide getroffen werden: in den europäischen Institutionen.» Mag sein, dass wir dort ein bisschen über die Krümmung von Kondomen mitplaudern dürften. Doch die wesentlichen Entscheide fallen völlig ausserhalb der EU-Institutionen. Weil die Regeln der EU Milliarden spritzen in marode Finanzsysteme oder an Einzelstaaten gar nicht zulassen.

Darum reiste Ministerpräsident Papandreu nicht nach Brüssel. Auch nicht in die Pleitestaaten Portugal, Spanien oder Italien. Sondern zu Kanzlerin Merkel nach Berlin. Und dann zu Sarkozy nach Paris. Zu den Zahlmeistern im Norden statt zu den Schuldenverwaltern im Süden. 27 Finanzminister beschlossen 750 Milliarden Stützmassnahmen für die Euro-Zone – ein Kartenhaus fragwürdiger Finanzvehikel. Ohne irgendein Parlament geschweige denn ein Staatsvolk zu befragen. Das Stimmrecht in den EU-Institutionen ist nichts wert. Und die Einheitswährung Euro auch nicht mehr viel mehr.

IG FREIHEIT – VERLEIHUNG «ROSTIGER PARAGRAPH 2010»

Moritz Leuenberger erhält den «Rostigen Paragraphen 2010»

Zum vierten Mal hat die IG Freiheit das dümmste und unnötigste Gesetz des Jahres mit dem «Rostigen Paragraphen» ausgezeichnet. Die diesjährige Auszeichnung geht an Bundesrat Moritz Leuenberger: Mit der Änderung der Verkehrsregelnverordnung gilt neu eine obligatorische Kindersitzpflicht bis zum Alter von 12 Jahren. Für diese übertriebene Regulierung erhält Leuenberger den «Rostigen Paragraphen».

Jedes Jahr verleiht die IG Freiheit den «Rostigen Paragraphen» an Personen, welche eine besonders unsinnige Regelung oder ein fragwürdiges Verbot zu verantworten haben. So will die IG Freiheit die Öffentlichkeit wie auch Politiker und Verwaltungsmitarbeiter sensibilisieren und zur Zurückhaltung beim Erlass von Gesetzen und Verordnungen ermahnen. Der Gewinner des «Rostigen Paragraphen» wird im Rahmen eines öffentlichen Internet-Votings ermittelt. Diesjähriger Preisträger ist Bundesrat Moritz Leuenberger. Als Vorsteher des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) ist er verantwortlich für die Änderung der Verkehrsregelnverordnung (VRV). Dieser Erlass bestimmt, dass Kinder bis zum Alter von 12 Jahren in Autos fortan nur noch

in speziellen Kindersitzen mitfahren dürfen. Bislang galt das Kindersitz-Obligatorium bis zum siebten Altersjahr. Die Verordnungsänderung basiert auf einer EU-Richtlinie, welche die Schweiz umsetzen will. Die neuen Kindersitze müssen die Sicherheitsstandards eines entsprechenden Un-Abkommens erfüllen. Ab dem 1. August 2012 gilt die Regelung auch für Schulbusse.



Bundesrat
Moritz Leuenberger

be oder kinderreiche Familien zur Folge. Wer mit zwei oder drei Kindern ein Taxi nehmen möchte, muss unter Umständen lange auf ein entsprechend ausgerüstetes Fahrzeug warten. Auch beispielsweise Fussballvereine sehen sich plötzlich mit Schwierigkeiten konfrontiert, weil etwa der Transport von E- und F-Junioren an ein Auswärtsspiel zu einem enormen Aufwand wird.

Für die wenig durchdachte neue Verkehrsregelnverordnung überreichte Nationalrat Peter Spuhler (Präsident IG Freiheit) den «Rostigen Paragraphen 2010» an Moritz Leuenberger.

Die Verleihung des «Rostigen Paragraphen» fand in Zürich vor rund 300 Gästen – darunter zahlreiche Verantwortungsträger aus Politik und Wirtschaft – statt. Der gesamte Anlass wird



Leuenbergers Welt in Rosa.

am Dienstag, 11. Mai, auf dem Privatsender Star TV übertragen. Der «Rostige Paragraph» wurde zum vierten Mal verliehen: 2007 ging die Auszeichnung an SP-Nationalrätin Doris Stump, 2008 an BAG-Direktor Thomas Zeltner und 2009 an Seco-Vertreter Serge Gaillard.

EUROKRISE

Euro-Desaster auf Ansage – ein Beben, das zu erwarten war

Der «Sonderfall Schweiz» erweist sich als «Glücksfall» angesichts des Euro-Desasters. Dieses kam nicht so überraschend, wie es oft dargestellt wird, sondern diese Entwicklung war eigentlich zu erwarten: Es war bloss eine Frage der Zeit, wann es denn zum grossen Erdbeben kommen würde. Bloss der Gedanken daran, welche Begehrlichkeiten und Ansprüche erst recht an die Schweiz gestellt würden, wäre sie denn eingebunden in den Euro, lässt einen erschauern. Dem hier zur Einstimmung skizzierten Stimmungsbild folgt ein Beitrag, der dann vermehrt die wirtschaftlichen Hintergründe und Zusammenhänge aufzeigt.



B. IM OBERDORF
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 12

Auf der Heimfahrt von der iberischen Halbinsel – auf der man wie in anderen südlichen Staaten eine andere Mentalität in der Wirtschaft erlebt als im Norden – konnten wir, als wäre es ein Fussball-Final, am Autoradio live miterleben, wie sich die Finanzminister der Euro-Länder in der Summe überboten, mit der sie die vom Absturz bedrohte Einheitswährung retten wollen.

Statt kleine Beben ein grosser «Big Bang»

Die Euro-Turbos reiben sich die blauen Augen, weil für sie ein solches Desaster, wie es sich angesichts der Schuldenkrise von Griechenland und auch anderer schon über den Kohäsionsfonds jahrzehntelang subventionierter Südstaaten – Italien ist im Windschatten seiner kreativen Buchführung dabei nicht zu vergessen – nun abzeichnet, schlicht nicht für möglich hielten. Doch ist dies eine Entwicklung, wie sie eigentlich zu erwarten war. Denn anders als in den Vereinigten Staaten von Amerika herrschen in den Staaten der Europäischen Union viel grössere Unterschiede, was die Mentalitäten in den Ländern in Nord und Süd anbetrifft.

So schrieben wir schon vor zehn Jahren, «dass verschiedene Währungen angesichts der auch mentalitätsbedingten unterschiedlichen Ausprägungen in der Wirtschaftspolitik ein sinnvolles System sind, weil durch Auf- und Abwertungen gerade die Spannungen dieser Unterschiede abgefedert und in kleinen und mehr nationalen Beben abgebaut werden können, während in einer Einheitswährung die-

se Spannungen solange aufgebaut werden, bis es zum «Big Bang», dem grossen Beben kommt, das international Verheerungen anrichten kann». Und genau an dem Punkt stehen wir jetzt; unklar ist eigentlich nur noch, so wie das Erdbeben an sich haben, ob es, nebst den Nachbeben, nicht zu noch stärkeren Erschütterungen kommt.

Virtuelle Rettung nach dem «Prinzip Hoffnung»

Die nun gesprochenen Garantien in der Höhe von 750 Milliarden Euro – also der «Kleinigkeit» von über einer Billion Schweizer Franken – entspringen wohl vielmehr dem «Prinzip Hoffnung» als der realistischen Sicht in eine Umsetzung. Mit solchen verbalen Kraftmeiereien will die EU den Aktien- und Devisenmarkt beruhigen; was kurzfristig erfolgreich aussieht, muss es langfristig noch lange nicht sein.

Man stelle sich nur einmal vor, dass die Garantien tatsächlich in reale Hilfe umgesetzt werden müssten, auch wenn rund ein Drittel davon vom Internationalen Währungsfonds (IWF) stammt. Allein für Deutschland würde die maximale Verpflichtung in der Höhe von 123 Milliarden Euro bedeuten, eine Hilfe leisten zu müssen, welche rund der Hälfte des Staatshaushaltes entspricht. Das würde auch grosse und leistungsstarke Staaten mit in den Abgrund reissen. Auch Frankreich, der zweite grosse Partner, der besonders in der Verpflichtung steht, hat im eigenen Land genügend Sorgen, was die immer wiederkehrenden Streiks belegen.

Damit erweist es sich, dass diese Garantieleistungen in erster Linie virtueller Natur sind und nicht wirklich auf realen Grundlagen basieren. Genau dieses Denken in virtuellen Blasen statt in Substanz war es aber, das jüngst die Finanzblase erzeugte – mit der Finanzkrise im Schlepptau – und zuvor die Internetblase mit der nachfolgenden Implosion. Wer immer noch mit solchen Rettungspaketen die Märkte beedruken will, verrät damit vor allem, aus den bisherigen Krisen noch nicht allzu viel gelernt zu haben.

Gegensätzliche Mentalitäten in den Euro-Ländern

Die Zeichen stehen auch deshalb auf Sturm, weil das, was nachhaltig ist, die Unterschiede in den Mentalitäten sind: Ein Beispiel dafür kam uns, nicht zum ersten Mal, soeben am Rande eines Hochzeitsfestes in Spanien zu Ohren: «Hier im Süden arbeiten wir um zu le-

ben (trabajar por vivir), während ihr im Norden lebt, um zu arbeiten (viver por trabajar)»: das sind in der Tat zwei diametral entgegengesetzte Sichtweisen.

Denkmäler dieser Lebensfreude stehen denn auch in Portugal herum: Das sind beispielsweise die auf Kredit finanzierten Stadien für die Europameisterschaft, architektonische Denkmäler, die heute schlecht genutzt sind; das erinnert unruhlich an das Letzigrund-Stadion – allerdings mit zehnfachem Multiplikator.

In aller Munde sind auch die Projekte neuer und teurer TGV-Linien durch Iberien. Darüber hinaus soll für Lissabon ein ganz neuer Airport gebaut werden, obschon der «Aeroporto de Lisboa» vor kurzem stark ausgebaut wurde und komfortabel ist. Als Grund für einen neuen Standort wird die scheinbar störende Nähe des Flughafens zur Stadt ins Feld geführt. Wenn nun stören soll, was ein halbes Jahrhundert lang Normalität war, so ist das entweder die rationale Verklärung von Prestigeprojekten des Grössenwahns – oder dann ist das der rot-grüne Ökowahn, mit dem man heute –

kooste es was es wolle – offenbar alles meint rechtfertigen zu können: Man kann sich dafür ja verschulden, doch die Kreditblase lässt dann unfreundlich grüssen.

Arbeiten der Einen um den «Saus und Braus» der Anderen zu finanzieren

Bedenklich ist, dass man in südlichen Euro-Ländern offenbar nach wie vor bedenkenlos glaubt, sich den Wahn in seinen verschiedenen Ausprägungen um jeden Preis und somit – ungeachtet der schon bestehenden hohen Verschuldung – nach wie vor auf Kredit leisten zu können. Damit käme man in logischer Fortführung dieses Denkens in der EU an den Punkt, an dem die Steuerzahler in den einen (nördlichen) Ländern leben, um zu arbeiten, um mit diesem Arbeiten dann das genüssliche Leben in anderen (südlichen) Ländern zu finanzieren.

Stellen wir uns also einmal vor, dass wir in der Schweiz, wären wir in den Euro eingebunden – wir müssen schon über den IWF Milliardenbeträge in diese Schuldenkrise einschliessen! – dann, spitz auf den Punkt gebracht, in asketischer Abstinenz arbeiten müssten, um die Lebensfreude in anderen Ländern zu subventionieren: Dann würde wohl allen hierzulande – auch den EU-Enthusiasten – die Lust an einer Beitrittsdiskussion vergehen.

Vorankündigung: Die Eurokrise wird als Spezialthema in einem der kommenden «Zürcher Boten» behandelt.



Am 11.5.2010: 1 EUR = 1.41 CHF

Schweizerzeit

Öffentliche «Schweizerzeit»-Frühjahrstagung 2010

Mittwoch, 19. Mai 2010, 19.00 Uhr
Hotel Aarauerhof, Aarau
Bahnhofstrasse 68, Aarau

Prof. Hans Geiger
Professor für Bankwesen

Die Weltfinanzkrise - zwei Jahre danach

Milliardenverschuldung, Euro-Krise, Staatsbankrotte, Steuerstreit Schweiz-USA, usw.

mit Diskussion

Im Anschluss an den Vortrag wird ein Apéro mit kleinem Imbiss offeriert.

KANTONS RAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Gemeindebericht des Regierungsrates

Diese Woche behandelte der Kantonsrat den Gemeindebericht 2009 des Regierungsrates. Gemäss Gemeindegesetz hat der Regierungsrat dem Kantonsrat alle vier Jahre Bericht über den Stand der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und über den Handlungsspielraum der Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu erstatten.



YVES SENN
KANTONS RAT SVP
WINTERTHUR

Der Gemeindebericht wurde erstmals erstellt und ist Teil der Legislaturziele des Regierungsrates. Auslöser waren verschiedene parlamentarische Vorstösse und Initiativen mit dem Ziel, das Verhältnis zwischen Kanton und Gemeinden zu verbessern und den partnerschaftlichen Umgang zu unterstützen. Der Bericht umfasst eine Ausgangslage mit Eckwerten der Gemeindefortschritte sowie eine Beurteilung der kommunalen Autonomie aus Sicht des Kantons und der Gemeinden. Die Darstellung der kantonalen Sicht beruht im Wesentlichen auf Einschätzungen der befragten sachzuständigen Direktoren. Die Gemeindeautonomie geniesst im Kanton Zürich einen hohen Stellenwert.

Der Kanton anerkennt die Selbstständigkeit der Gemeinden. Gemäss dem Subsidiaritätsprinzip sollen sie eine öffentliche Aufgabe dann wahrnehmen, wenn sie diese mindestens ebenso zweckmässig erfüllen können wie der Kanton. In der Praxis gelten die Gemeinden in einem Sachbereich als selbstständig oder autonom, wenn ihnen der kantonale Gesetzgeber dessen Regelung ganz oder teilweise überlässt, sodass sie eigene Regelungen oder Entscheidungen treffen und ihren besonderen Verhältnissen und Bedürfnissen Rechnung tragen können. Ein grosser Teil der öffentlichen Aufgaben im Kanton Zürich sind Verbundaufgaben, die von Kanton und Gemeinden gemeinsam erfüllt werden. Aufgrund der starken Verflechtung von kantonalen und kommunalen Aufgaben ist der Grad der Autonomie in den verschiedenen Sachbereichen meist nicht einfach zu ermitteln und kann darüber hinaus von Kanton und Gemein-

den unterschiedlich beurteilt werden. Der Gemeindebericht trägt deshalb sowohl der kantonalen als auch der kommunalen Sicht Rechnung. Ursula Moor (SVP, Höri) betonte im Rat, dass der Gemeindebericht erstmals einen Überblick darüber gebe, welche öffentlichen Aufgaben der Kanton und die Gemeinden gemeinsam erfüllen und wer für die Rechtsetzung, den Vollzug und die Finanzierung zuständig sei. Der erste Gemeindebericht liefere Fakten zur Lage der Zürcher Gemeinden und schaffe Transparenz, damit die Diskussion über die Aufgaben- und Lastenverteilung auf einer verlässlichen Grundlage geführt werden könne. Die finanzielle Bruttoaufwendungen von Kanton und Gemeinden seien mit je rund 10 Milliarden Franken gleich hoch. Die Bereiche Bildung, Soziales und Gesundheit seien aufgrund des Finanzvolumens die wichtigsten öffentlichen Aufgaben. Auf diese drei Bereiche entfallen drei Viertel aller Nettoaufwendungen. Jedoch müsse man auch feststellen, dass der Bericht zu verwaltungstechnisch sei und die politische Festsetzung gänzlich fehle. Zudem hätte der Bericht auf aktuelleres Zahlenmaterial aufgebaut werden müssen. Willy Haderer (SVP, Unterengstringen) betonte zudem, dass das Unbehagen der Gemeinden über die vermehrt eingeschränkte Handlungsfähigkeit zu diesem Bericht geführt habe. Der Bericht zeige eine Auflistung der Aufgaben in den Jahren 2000 bis 2004. 60 Prozent der Gemeinden sprechen von Autonomieverlust. Im Bericht fehle ein klares Bekenntnis der Regierung im Sinne einer echten Entflechtung. Der nächste Bericht müsse aufzeigen, dass das Wort Gemeindeautonomie nicht zu einer reinen Worthülse verkomme. Der Gemeindebericht wurde vom Kantonsrat zur Kenntnis genommen.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONS RAT HAT AM MONTAG ...

- ... die Anpassung der kantonalen Behördenorganisation und des kantonalen Prozessrechts in Zivil- und Strafsachen an die neuen Prozessgesetze des Bundes genehmigt. 😊
- ... den Gemeindebericht 2009 des Regierungsrates zur Kenntnis genommen. 😊
- ... ein Postulat betreffend Überprüfung der Regulierungsdichte und Prinzip der Befristung von Erlassen (Sunset Legislation) abgelehnt. 😊
- ... ein Postulat betreffend Bewilligungs- und Formularaktivismus überwiesen. 😊
- ... ein Postulat betreffend Überprüfung der Publikationen der kantonalen Verwaltung überwiesen. 😊

10. Mai 2010

KANTONALE DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN GLATTFELDEN

Würdigung – Die SVP-Delegierten verabschieden Rita Fuhrer

282 Delegierte der SVP des Kantons Zürich folgten der Einladung nach Glattfelden, um am Dienstagabend vergangener Woche die kantonale Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja» sowie den regierungsrätlichen Gegenvorschlag einstimmig abzulehnen. Höhepunkt der Versammlung bildete die Würdigung von Regierungsrätin Rita Fuhrer durch den Parteipräsidenten Alfred Heer. Schliesslich referierte ein Christoph Mörgeli in Hochform zum Parteiprogramm 2011–2015.

gad. Bereits zum Auftakt der kantonalen Delegiertenversammlung – bestritten durch die Musikgesellschaft Glattfelden unter der Leitung von Stefan Schiesser – im unlängst neu eröffneten und beeindruckenden Riverside in Glattfelden machte sich Volksfeststimmung breit. Die Formation spielte beschwingte Marschmusik und stimmte schliesslich feierlich mit der Nationalhymne in den Abend ein. Eingangs richtete Gemeindepräsident Pier-Luigi Quattropani seine Grussworte an die Versammlung und brachte den Delegierten die hiesige Gemeinde und ihre örtlichen Gegeben- und Besonderheiten näher, bevor Parteipräsident und Nationalrat Alfred Heer offiziell mit einer Begrüssung und einer Standortbestimmung eröffnete.

Standortbestimmung des Parteipräsidenten

Der Parteipräsident ging eingangs auf die Gemeindevahlen 2010 ein, aus welchen die SVP als Siegerin hervorging. In den 12 Parlamentsgemeinden konnte die Partei insgesamt 12 Sitze hinzugewinnen (+8,7 Prozent). Etwas durchmischer ge-

staltete sich das Bild bei den Exekutivwahlen. Ein paar wenige Sitze gingen in den Gemeinderäten verloren. Die Begründung liegt bei einigen Nichtantritten sowie bei fehlendem Kandidatenaufbau.

Der Präsident erläuterte im Folgenden die Bedeutung der Wahlen 2011. Für die SVP sei es von grösster Wichtigkeit, weitere Wähleranteile zu gewinnen, denn die SVP sei die einzige Partei, welche noch für die Schweiz einstehe. In diesem Zusammenhang ging der Präsident auf die Wirkungen der Personenfreizügigkeit und des Schengenbeitritts ein – Arbeitslosigkeit und Kriminalität sind gestiegen, die Wohlfahrt und Sicherheit gesunken.

Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja» sowie Gegenvorschlag

Die kontradiktorische Auseinandersetzung zur kantonalen Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja» sowie zum regierungsrätlichen Gegenvorschlag führten die Kantonsrätinnen Karin Mäder-Zuberbühler (SP, Rüti) und Theres Weber-Gachnang (SVP, Uetikon a.S.). Mäder-Zuberbühler legte eingangs die gesetzlichen Grundlagen der Kinderbetreuung

dar und ging in der Folge auf die Bedürfnisse moderner Familien ein. Danach sei es den Familien freizustellen, ihre Kinder zu Hause oder ergänzend in einer Betreuungseinrichtung unabhängig von Wohnort und Einkommen betreuen zu lassen. Der Staat hätte für die nötige Deckung dieser Bedürfnisse zu sorgen und die entsprechenden Betreuungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Weber-Gachnang gewichtet die Selbstverantwortung der Eltern sowie das Recht der Kinder auf ihre wichtigste Bezugsperson – im Kleinkindalter die Mutter – höher ein, als die umfassende Kinderbetreuung durch den Staat auf Kosten der Allgemeinheit und eben zulasten des Kindwohls.

Die Delegiertenversammlung lehnte die Volksinitiative mit 281:0 Stimmen bei 1 Enthaltung sowie den regierungsrätlichen Gegenvorschlag mit 279:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

Würdigung Rita Fuhrer

Als Höhepunkt der kantonalen Delegiertenversammlung würdigte der Parteipräsident das umfangreiche, 15-jährige Schaffen der abtretenden Regierungsrätin



Hans Frei, Rita Fuhrer, Theres Weber und Alfred Heer.



Unsere Regierungsräte Ernst Stocker und Markus Kägi.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Neues Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Straf- und Zivilprozess (GOG)



BEAT STIEFEL
KANTONS RAT SVP
EGG ZH

Nun ist es doch verabschiedet, das neue Gesetz über die Anpassung der kantonalen Behördenorganisation und des kantonalen Prozessrechts in Zivil- und Strafsachen an die neuen Prozessgesetze des Bundes, kurz GOG. Als zwingende Vorgabe der von den eidgenössischen Räten bereits vor einiger Zeit verabschiedeten Eidgenössischen Zivilprozessordnung (ZPO) und der eidgenössischen Strafprozessordnung (StPO), welche beide am 1. Januar 2011 in Kraft treten und das Prozessrecht an den Zivil- und Strafgerichten in der ganzen Schweiz nun einheitlich regeln, gibt es keinen Raum mehr für ein kantonales Kassationsgericht und auch das Geschworenengericht des Kantons Zürich muss auf Ende Jahr «abgeschafft» werden. Diese zwei tief greifenden Änderungen führen sogar dazu, dass auch die Kantonsverfassung in diesem Punkt geändert werden muss, d.h. diese beiden kantonalen Gerichte müssen aus der Kantonsverfassung gestrichen werden, was zur Folge hat, dass über die «GOG-Revision», soweit sie Inhalte der Verfassung betrifft, in diesem Herbst eine kantonale Volksabstimmung erfolgen muss und wird.

Die gesamte Revision der Prozessgesetze ist aber im Grundsatz weitgehend unbestritten. Die Schlussabstimmung im Kantonsrat fiel daher klar aus. Die Revisionsvorlage wurde mit überwiegendem Mehr angenommen.

In der 2. Lesung war nur noch ein Punkt strittig geblieben. Auf Antrag von Kantons-

rätin Gabi Petri (Grüne) wurde in der 1. Lesung die Fähigkeitsprüfung für angehende Staatsanwälte gestrichen. Die SVP war und ist gegen eine spezielle Fähigkeitsprüfung für Staatsanwälte (und auch für Richter). Ein Jus-Studium als Voraussetzung für das Amt eines Staatsanwaltes ist völlig ausreichend. Das Richteramt ist im Kanton Zürich (sogar) weiterhin auch Laien, d.h. Amtsinhabern ohne Jus-Studium möglich. Die spezielle Fähigkeitsprüfung für Staatsanwälte schränkt nur die passive Wählbarkeit und damit die Volkswahl unnötig ein und bringt keine Qualitätssteigerung. Dass das Bestehen solcher Prüfungen nicht gleichbedeutend ist mit einer erfolgreichen und den üblichen Qualitätsanforderungen entsprechenden Berufspraxis, zeigt sich auch in anderen Berufen, welche solche Fähigkeitsprüfungen vorsehen. Und bei den Staatsanwälten und Bezirksrichtern kommt die Spezialisierung hinzu, dass diese vom Volk gewählt und nicht von der Verwaltung geprüft und eingesetzt werden sollen. Unsere Verfassung sieht diese Volkswahl vor! Leider ist der «Antrag Petri» in der 2. Lesung gescheitert und diese Fähigkeitsprüfung für Staatsanwälte aufgrund eines Rückkommensantrages von Seiten der SP mit einer knappen Mehrheit von 86:83 Stimmen gegen die Stimmen der SVP wieder eingeführt worden. Die SVP-Fraktion hat sich dennoch entschlossen müssen, der gesamten Vorlage (GOG-Revision) in der Schlussabstimmung zuzustimmen, da die kantonale Justiz am 1. Januar 2011 auf dieses kantonale Gesetz und dessen Organisation und Regelungen angewiesen sein wird, wenn die eidgenössische ZPO und StPO in Kraft treten werden.

Parolen zur Volksabstimmung vom 13. Juni 2010

Kantonale Vorlage

A. Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja» (Gesetz über die Kinderbetreuung)

NEIN

B. Gegenvorschlag des Kantonsrates: Jugendhilfegesetz (Änderung vom 7. Dezember 2009; familienergänzende Betreuung)

NEIN

C. Stichfrage

Welche der beiden Vorlagen soll in Kraft treten, falls sowohl die Volksinitiative als auch der Gegenvorschlag des Kantonsrates von den Stimmberechtigten angenommen werden?

Vorlage B (Gegenvorschlag)



Würdigung und Dank.

Rita Fuhrer. In einer Tour d'Horizon legte der Präsident zunächst die Ausgangslage für Rita Fuhrer im Regierungswahlkampf 1995 dar. Fuhrer wurde von den Medien belächelt und als Aussenseiterin abgestempelt – was folgte, war jedoch eine sichere Wahl. Als Direktorin für Soziales und Sicherheit stand Rita Fuhrer alsbald vor einer grösseren Herausforderung, bewältigte die sogenannte Polizeiaffäre aber ebenso souverän. Auch die unpopulären Rückschaffungen von Kriegsflüchtlingen nach Ex-Jugoslawien in der zweiten Hälfte der 90er Jahre stellten sich in ihrer politischen Wirkung als gegenteilig zu den medialen Unkenrufen heraus: Rita Fuhrer wurde 1999 glanzvoll im Amt bestätigt. Es folgte der Wechsel in das Volkswirtschaftsdepartement, die erneute Wiederwahl 2003 und die Übernahme des politisch als überaus schwierig einzustufenden Flughafendossiers im Jahr 2004. Auch in diese Aufgabe wuchs Rita Fuhrer in gewohnt souveräner Art und Weise hinein und konnte eine bemerkenswerte Beruhigung der «emotionalen» Flughafen-

fragen erreichen. Doch leider musste unsere überaus erfolgreiche und ebenso gewinnende Regierungsrätin Rita Fuhrer aus gesundheitlichen Gründen im Sommer 2009 ihren Rücktritt bekannt geben. Der Präsident schloss seine würdige Rede zum Wirken von Regierungsrätin Rita Fuhrer mit der Überbringung der besten Wünsche für eine gute und weiterhin glückliche Zukunft im Namen der SVP des Kantons Zürich.

Parteiprogramm 2011–2015

Ein Christoph Mörgeli in Hochform referierte zum Abschluss der Delegiertenversammlung im Riverside in Glattfelden zum Parteiprogramm 2011–2015. In einer Rede gespickt von humorvollen Einlagen und Anekdoten ging Mörgeli auf die Entwicklung und Eckpfeiler unseres SVP-Programms ein, welches diesen Herbst in der aktuellsten Version zu präsentieren gilt (kantonale Delegiertenversammlung vom 19. Oktober 2010). Zur weiteren Entwicklung des Programms führt die Kantonalpartei zusammen mit dem Programmchef zwei Tagungen durch am 10. Juli sowie am 11. September 2010.



Rita Fuhrer – bereit für Neues.

EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

Reto Tobler



Alter: 43 Jahre
Beruf: Selbständiger Reisebüro-Unternehmer
Gemeinde: Herrliberg

Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?

Ich war schon als Jugendlicher fasziniert von der SVP und Ihrem Gedankengut – zum Entsetzen meiner (linken) Lehrer ... Nach Lehre und RS bin ich dann aber viel im Ausland gewesen. Und somit bin ich erst im 2001 der Sektion Herrliberg beigetreten.

Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?

Ich wurde im 2006 als Vizepräsident in den Vorstand gewählt. Seit 2007 bin ich Präsident der SVP Herrliberg. Ein bisschen Engagement gibt's derzeit auch noch durch den Wahlkampf in Herrliberg ...

Was wünschen Sie sich für die Schweiz?

Einige junge, erfolgreiche Schweizer Sportler machen uns das bereits vor, was auch viele unserer Politiker endlich übernehmen sollten. Mehr Selbstbewusstsein! Mehr Stolz auf unser schönes Land!

Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?

Ich bewundere Christoph Blocher für all das, was er für unsere Partei geleistet und erreicht hat. Und auch immer noch tut. Als Vorbild sehe ich aber eher alt Kantonsrat Rolf Jenny, zurzeit noch amtierender Gemeindepräsident von Herrliberg. Was er in den letzten 24 Jahre in der Exekutive (wovon 12 Jahre als Gemeindepräsident) alles erreicht hat, ist beeindruckend. Mit seiner Ehrlichkeit und seiner Umgangsform verstand er es immer wieder, Leute mit verschiedenen Meinungen zu vereinen. Und somit gemeinsam ein Ziel für unser schönes Herrliberg zu erreichen.

Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?

Ich bewerbe mich als Gemeinderatskandidat für die Erneuerungswahlen in Herrliberg vom 13. Juni 2010. Zugleich bin ich auch Wahlkampfleiter und versuche, zusammen mit meinem dynamischen Team, alle unsere Kandidaten reinzubringen. Wir werden Gas geben und erfolgreich sein!

SVP-POLITLUNCH MIT HANS GEIGER

Die Grossbanken und die Schweiz

An einem gut besuchten SVP-Politlunch in Feuerthalen zeigte der bekannte Bankenkenner und Professor Hans Geiger Gründe auf, welche zur grossen Bankenkrise führten.

RoMü. «Bis vor drei Jahren waren wir Schweizer auf unsere Grossbanken, insbesondere der UBS, sehr stolz», sagte Hans Geiger am gut besuchten SVP-Politlunch in Feuerthalen. Heute sind die Grossbanken nach der Krise nicht nur in der Schweiz, sondern auch in den USA ein Thema. Geiger verwies dabei auf die Bedeutung der Grossbanken in beiden Staaten. Während in den USA die Bilanzsummen der 6 grössten Banken vor der grossen Krise gerade einmal 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) entsprachen, betrug jene der UBS im Verhältnis zum BIP der Schweiz rund 500 Prozent und beträgt jetzt nach dem grossen Aderlass noch die Hälfte. Davon wiederum werden heute noch in den USA rund 50 Prozent erwirtschaftet. Dagegen sind gemäss Geiger für Schweizer Verhältnisse jene Bilanzsummen der Raiffeisenbank oder der Zürcher Kantonalbank gerade einmal rund 25 Prozent sehr gering. Einer der Gründe, welche zur Bankenkrise geführt haben, sieht Geiger bei der UBS

beim sehr tiefen Eigenkapital von rund 3 Prozent, während andere kleinere Banken ein solches von 6 bis 7,5 Prozent aufwiesen. Das eher geringe Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme sowie die enormen Gewinne führten schlussendlich dazu, dass die Grossbanken Eigenkapitalsrenditen von 25 Prozent erzielten, was gemäss Geiger dann auch unter anderem zu den hohen Bonizahlungen führte.

Bereits Anfang der Neunzigerjahre erfasste eine erste grosse Krise die Schweizer Bankenwelt. In der Folge waren es vor allem kleinere Banken, welche damals in den Strudel der Turbulenzen geraten sind. «Von den damals fast 200 Klein- und Regionalbanken sind rund zwei Drittel verschwunden und viele mussten von den heute kritisierten Grossbanken gerettet werden», rief Geiger in Erinnerung.

Mehr Eigenkapital gefordert

Für Geiger ist es stossend, dass bezüglich der Eigenkapitalen unter-

schiedliche Erfordernisse bestehen. Für ihn steht fest, dass es hinsichtlich der Eigenkapitalslage Nachholbedarf gibt, um einen weiteren Banken- und somit Finanzcrash zu verhindern. Er rief dabei in Erinnerung, dass die UBS zuerst 4 und später 53 Milliarden Franken abschreiben musste und als Folge davon neues Kapital vom Staat benötigte, um liquid zu bleiben. Er bezeichnete die damals von der SVP geforderten Massnahmen, den Banken hinsichtlich dem Eigenkapital Vorschriften zu machen als richtig. Insbesondere das eigentliche Kundengeschäft einer Grossbank sollte für Geiger in einer eigenen Firma eingegliedert werden, so dass bei einer Krise die übrigen Bankteile eher in den Konkurs geschickt werden können, ohne dass der Kleinkunde Schaden nimmt.

In der Diskussion erinnerte Geiger daran, dass die UBS in den USA innert kurzer Zeit sehr rasch gewachsen war und mehr Mitarbeiter als in der Schweiz beschäftigte. Chancen für die



Referent Hans Geiger.

Schweizer Banken und vor allem für ihre Zukunfts- und Wachstumsmärkte sieht Geiger im asiatischen Raum, wo diese einen hervorragenden Ruf geniessen. Dort spielen die Steuerfragen eine bedeutend kleinere Rolle. Besorgt zeigt sich Geiger über die grossen Geldmengen in den westlichen Industriestaaten, welche durchaus sehr rasch zu einer Inflation mit all ihren negativen Folgen führen können.

Ihr Partner im Zürcher Unterland und Grossraum Winterthur

MICHELIN
MULTIBIB

- Breitreifen Serie 65
- für Schlepper bis 200 PS
- bodenschonend

NEU

Kleber
FITKER

- Breitreifen Serie 70
- starke Zugkraft
- hoher Fahrkomfort

PNEUHAUS WEGMANN

Pneuhaus Wegmann AG
 Ringstrasse 2
 8317 Tagelswangen
 Tel. 052 343 11 68
 Fax 052 343 67 32
 info@pneuhaus-wegmann.ch

Reservieren Sie ab 1. April
www.schwarze-spinne.ch
 oder per Post
 Freilichtspiel, Bachstrasse 6
 8414 Buch am Irchel

BUCHEMER FREILICHTSPIEL 2010
 schwarze-spinne.ch
 30. Juli bis 22. August 2010

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!

Öffnungszeiten:
 Mo-Fr 8.00-12.00 Uhr / 13.30-18.30 Uhr
 Sa 8.00-12.00 Uhr
 oder nach telefonischer Vereinbarung

In topmoderner Werkstatt
 • Pneu für: LKW, PV, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
 • Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine

Otto Schaufelberger Hinwil
 Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

Matratzen – Eintausch-Aktion!!!

Bis 22. Mai 2010

Beim Kauf einer Gesundheitsmatratze ab Fr. 680.–
vergüten wir Fr. 100.– bis Fr. 300.–

Wir nehmen Ihre alte Matratze GRATIS zurück und entsorgen diese fachgerecht.

STÖRCHLI MÖBELHAUS
 Frohwiesstrasse 5, 8330 Pfäffikon ZH
 Tel. 044 950 17 86, www.moebel-stoerchli.ch

SVP
 SVP Stadt Winterthur

Einladung zur ausserordentlichen Generalversammlung

Donnerstag, 20. Mai 2010, 20.00 Uhr
 Restaurant Rössli, Seen

Traktanden:

- Begrüssung / Wahl der Stimmentzähler
- Gesamterneuerungswahlen Vorstand SVP Stadt Winterthur
- Kant. Abstimmungsvorlage
 – Initiative «Kinderbetreuung JA» und Gegenvorschlag René Isler
- Berichte aus den Räten
 – Nationalrat N. Rickli / J. Stahl
 – Kantonsrat Y. Senn
 – Gemeinderat Ch. Kern
- Berichte aus den Sektionen
 – Altstadt U. Stauer
 – Oberwinterthur St. Schär
 – Seen R. Isler
 – Wülflingen J. Lisibach
 – JSVP Winterthur Ch. Leupi
- Verschiedenes / Umfrage

Da die Gesamterneuerungswahlen des Vorstandes durchgeführt werden, handelt es sich um eine ausserordentliche GV.

Der Präsident
 D. Oswald

reise-forum meilen ag
 das persönliche reisebüro

Reise-Forum Meilen AG
 Kirchgasse 53 · CH-8706 Meilen/Schweiz
 Telefon 044 925 21 51
 Telefax 044 923 11 33
 e-mail: info@reiseforum.ch

Inhaber: Reto Tobler
 Präsident SVP Herrliberg

Buchen auch Sie Ihre Ferien bei uns!
 neutral • unabhängig • professionell

Wir sind Mitglied:

«Sicherheit schaffen»

SCHENGEN-ABSTIMMUNG VOM 5. JUNI 2005

Schengen – Von der schönen Utopie zur traurigen Realität

Die Kriminalität kennt keine Grenzen und Stadtgebiete wie Lausanne leiden besonders unter diversen Formen der grenzüberschreitenden Kriminalität wie etwa dem organisierten Drogenhandel oder dem bandenmässigen Einbruchdiebstahl. Die Teilnahme der Schweiz an den Abkommen von Schengen und Dublin wird eine effizientere, schnellere und nachhaltigere Bekämpfung der modernen Kriminalität ermöglichen.



PERRIN YVAN
NATIONALRAT SVP
LA CÔTE-AUX-FÉES NE

Anlässlich der Abstimmungskampagne über das von der SVP ergriffene Referendum appellierte die Stadt Lausanne mit diesen Worten in einem Communiqué vom 18. Mai 2005 an die Lokalbevölkerung, die Schengen-Dublin-Abkommen zu unterstützen. Überaus inspiriert fügte die Regierung hinzu: «Wenn sie fern bleibt, könnte die Schweiz zum schwachen Glied der europäischen Sicherheit werden.» Heute, fünf Jahre später, kann man den Weitblick der Autoren dieses literarischen Glanzstücks nicht genug loben.

Es ist schwierig zu sagen, ob wir mit der Ablehnung einer Teilnahme an dieser grossen Selbstbedienungskriminalität wirklich zum schwachen Glied der europäischen Sicherheit geworden wären, aber man muss auf jeden Fall feststellen, dass die Schweiz mit dem Beitritt zum Schengenraum am 12. Dezember 2008 das schwache Glied der Sicherheit in der Schweiz geworden ist.

Ein Freiheits- und Sicherheitsraum wurde uns vom Bundesrat versprochen,

allen voran von Micheline Calmy-Rey. Folgendes erklärte sie am 19. März 2005 vor den Delegierten der SP in La Chaux-de-Fonds: «Man kämpft nicht gegen Kinderpornographie, Frauenhandel, bandenmässigen Menschenmuggel und allgemeine grenzüberschreitende Kriminalität mit Instrumenten des 19. Jahrhunderts.» Wie einleuchtend!

Sichere Grenzen nach aussen, totale Bewegungsfreiheit im Inneren. Das ist das ach so naive Motto, dem die Umsetzung eines Konzeptes folgt, das sich mehr und mehr als ein Sicherheitsdesaster ohne Gleichen erweist. Auf dem Papier ist die Idee verführerisch. Das Problem ist: Es nützt nichts, ein solides Absperrgitter rund um den Hühnerstall zu haben, wenn der Fuchs schon drin ist. Genau das ist aber heute der Fall. Und die Hühner – das sind wir.

Schengen hat unsere Bevölkerung kriminellen Elementen ausgeliefert, welche die Vorteile, die sie aus dem Fehlen der Grenzen ziehen können, sehr genau studiert und begriffen haben. Jeder Tag bringt uns seither eine Vielzahl an Problemen, deren Urheber meist Kriminelle aus dem Ausland sind. Es ist kein Zufall, dass die Situation in den Grenzgebieten am beunruhigendsten

ist. Die Grenze wurde für die Delinquenten aufgehoben, für die Polizei dagegen beibehalten. Auch wenn es den überzeugten Schengen-Anhängern nicht gefällt, aber die Zahlen geben uns offensichtlich Recht. Wir haben den utopischen Charakter dieses Unternehmens auch von Anfang an betont. Wir nehmen somit ohne Überraschung Kenntnis vom Jahresbericht 2009 zur Kriminalität, welchen das Bundesamt für Statistik unlängst publiziert hat. Ihm gemäss ist der Kanton Genf Spitzenreiter punkto Unsicherheit mit 110,2 Ordnungswidrigkeiten pro 1000 Einwohner. Die Zahl steigt sogar auf 190,7 für die Stadt Genf allein. Eine brutale Realität im Vergleich zu Fribourg, ein Kanton ohne Aussengrenzen, der somit den Konsequenzen von Schengen deutlich weniger ausgesetzt ist und folglich mit 53,6 gerade einmal die Hälfte an Delikten aufweist, ganz zu schweigen von Appenzell Innerrhoden mit seinen 26,9 Ordnungswidrigkeiten auf 1000 Einwohner.

Das Scheitern Schengens ist derart heftig, dass sich Monica Bonfanti – Chef der Genfer Polizei – veranlasst sah, in einem Lokalradio zuzugeben, dass unser Beitritt zum Schengenraum für die Verbrechensbekämpfung ein Negativposten darstellt. Dieses Eingeständnis hat die Schengen-Anhänger naturgemäss rasend gemacht. Sie weigern sich, der Realität ins Gesicht zu sehen und rebellieren logischerweise dagegen, dass die oberste Behörde die eigentlichen Gründe für die wachsende Unsicherheit beim Namen nennt.

Noch peinlicher für sie ist, dass die Polizeibasis diese Äusserungen bestätigt. Der Präsident des Polizeipersonalverbandes des Kantons Genf schreibt in seinem Blog: «Mit ihrer mutigen Antwort, dass Schengen die Probleme überhaupt nicht regelt, hat die Polizeichefin offen gelegt, was zahlreiche Polizisten und etliche Bänke im Parlament denken.»

Anfänglich stellte man die Polizei als Befürworterin von Schengen und dessen berühmtem SIS dar. In Genf hat sie offensichtlich die Meinung gewechselt.



Das Trojanische Schengen-Pferd vor dem Bundeshaus am 20.5.2005.

Tatsächlich befinden sich die Polizisten in der ersten Reihe, wenn es darum geht, nicht nur das Desaster festzustellen, sondern auch den Preis zu zahlen. Ist es doch ihre Aufgabe, die Schäden zu limitieren, welche wir der fahrlässigen Naivität der Politiker zu verdanken haben.

Am 18. April erst kamen einige Franzosen in eine bernische Garage, um sich schwere Wagen «auszuleihen». Verfolgt durch die Polizei, haben sie die Flucht ergriffen. Beim Versuch, eine Polizeisperre gewaltsam zu überwinden, wurde einer der Diebe durch den Schuss eines Polizisten getötet. Nicht immer sofort zur Stelle, wenn es darum geht, sich um die Delinquenten zu kümmern, hat die Justiz nun aber ein bemerkenswertes Tempo an den Tag gelegt, gegen den Polizisten ein Ermittlungsverfahren wegen Totschlags einzuleiten. Das wird die Ordnungskräfte ohne Zweifel stark motivieren, sich weiterhin für die Gewährleistung dieses traurigen Schengen-Konzepts einzusetzen.

Schengen ist ein Desaster – diese Tatsache ist mittlerweile erwiesen. Doch müssen wir ehrlich sein und unseren Teil der Verantwortung eingestehen. Neben der Tatsache, dass wir die Grenzen abgeschafft und die Delinquenten eingeladen haben, ihr «Geschäft» bei uns zu praktizieren, haben wir auch noch dafür gesorgt, dass sie bei einer Verhaftung nur geringe Unannehmlichkeiten erwarten müssen, indem wir unser Strafgesetzbuch mit dem Tagessatzsystem geschwächt haben.

Eine potenziell hohe Beute, ein geringes Risiko geschleppt zu werden, lächerliche Strafen; unser Land bietet mittlerweile alle wesentlichen Anziehungsmerkmale für Ganoven aus Europa oder von anderswo. Die Statistik bestätigt bereits heute: 14,2 Prozent aller registrierten Vorfälle sind Ausländer ohne dauerhafte Aufenthaltsbewilligung, auf deutsch: Kriminaltouristen. Angesichts der Unbeschwertheit, mit der unser Land die Delinquenten empfängt, befinden wir uns mit dieser Zahl wohl erst am Anfang.

Leider ist in dieser Angelegenheit vom Bundesrat nichts zu erwarten. Er hatte sich blind für Schengen eingesetzt und kann jetzt nicht zugeben, sich geirrt zu haben. Man darf sich auf die Vorstellung freuen, wie unsere Weisen dieses Debakel in einen Erfolg «schönreden» werden.

Mit Schengen sind die von auswärts kommenden Delinquenten hier nun ganz bei sich. Man hat uns der Mittel beraubt, sie auf Distanz zu halten und das Schengen-Informationsaustauschsystem wird daran nichts ändern. Das Werkzeug wäre vielleicht nützlich, doch dient es zu nichts, weil keine Kontrollen mehr stattfinden. Um die Sicherheit in unseren Strassen wieder herzustellen, hat allein unsere Partei ein brauchbares Mittel geliefert: die Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer. Da die Kriminellen nunmehr ohne Probleme ins Land kommen können, wollen wir zumindest dafür schauen, dass sie es sich bei uns nicht zu lange gemütlich machen können.



Abstimmungsplakate: Damalige Ankündigung = heutige Realität.



Fortsetzung von Seite 1

Sicherheitspolitik zurück auf der Agenda

Schrumpft die Armee infolge mangels an Mannschaft oder finanziellen Mitteln unter eine kritische Grösse, kann die Armee ihre Aufgabe als strategisches, als letztes Mittel nicht mehr wahrnehmen.

Wir haben massiv weniger Geld zur Verfügung, als dass dies ursprünglich bei der Planung der Armee XXI vorgesehen war. So fehlen uns die Mittel für die erforderliche Beschaffung von Rüstungsgütern. Es drohen Immobilien zu verkommen, weil wir sie nicht ordentlich unterhalten können. Und wir haben teilweise zu wenig Material, um alle eingerückten Armeeangehörigen auszubilden. Oder auch zu wenig Material, um erwartete Leistungen zu erbringen: Zurzeit können wir von unsern 20 Infanteriebataillonen gerade noch drei vollständig mit Korpsmaterial ausrüsten, stellen wir die Ausbildung in den Rekrutenschulen ein und nehmen auch dieses Material dazu, kommen wir auf sieben. Einfach zum Vergleich: In der Armee 61 hatten wir 490 Infanteriebataillone mit vollständiger Ausrüstung.

Wenn wir nicht mehr Geld für die Sicherheit erhalten, müssen wir uns auf das Allerwichtigste vom Allerwichtigsten konzentrieren. Das zwingt uns, selbst auf Wichtiges zu verzichten. So – dramatischerweise – zum Beispiel auf den Tiger-Teilersatz, was ich sehr be-

daure. Dieser kann bei der momentanen Finanzlage nicht realisiert werden, obwohl das für die Sicherheit unseres Landes wichtig wäre. Aber die Lage ist in vielen Bereichen derart angespannt, dass wir dort um das schlechte Funktionieren kämpfen; solchen Bereichen müssen wir jetzt Priorität einräumen.

Die Verzichtplanung trifft nicht nur die Luftwaffe. Wir verzichten auf die Einführung neuer Systeme, beispielsweise im Bereich der elektronischen Führung oder des elektronisch vernetzten Soldaten. Dagegen mustern wir alte Waffen vorzeitig aus und schliessen Anlagen, um so Unterhaltskosten zu senken.

Die Armee nimmt den Sparauftrag ernst. Dabei darf sie aber von der Politik nicht einfach als Sparobjekt gesehen werden. Denn die Folgen sind verhängnisvoll. Es ist wie eine Wette: Man wettet darauf, dass nichts passiert; als Wetteinsatz setzt man die Sicherheit. Wenn wir die Wette verlieren, kann der Preis hoch sein. Möglicherweise müssen wir mit Menschenleben oder mit dem Verlust der Freiheit dafür bezahlen.

Fazit
Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit. Der Mensch bleibt Mensch; und immer wirken die selben Triebfedern für Konflikte: Revanchebedürfnis,

Angst vor aufsteigenden Konkurrenten, Interessensgegensätze herbeigeführt durch Gebietsansprüche, durch den steigenden Bedarf an Ressourcen verschiedenster Art, durch unterschiedliche Vorstellungen über Werte und die Ordnung des Zusammenlebens; oder Interessensgegensätze aufgrund von Ansprüchen auf Verbindungswege.

Es gilt, uns auf die nächsten Konflikte und Krisen vorzubereiten, nicht auf die letzten. Wir können und müssen aus vergangenen Konflikten lernen, aber wenn wir uns auf ein Konfliktbild fixieren, erliegen wir leicht dem Maginot-Effekt. Das wäre verhängnisvoll, das darf uns nicht passieren. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns von der prägenden Vorstellung einer Weltfriedensarchitektur lösen, wie sie die Zeit nach dem Mauerfall populär gemacht hat.

Wir müssen auch in Zukunft eine eigenständige Antwort auf Überraschungen aller Art geben können. Denken wir daran: Sicherheit ist für die Stabilität in Wirtschaft und Gesellschaft unabdingbar. Und Stabilität ist Voraussetzung für Wohlstand. Wer mit der Sicherheit experimentiert, experimentiert mit der Grundlage unseres Wohlstandes. Deshalb braucht unser Land weiterhin ein starkes letztes Mittel, um im Notfall unsere freiheitliche Ordnung zu sichern – eine einsatzfähige Armee.

Sie haben die Möglichkeit, mit dem Kauf dieser Seiden-Krawatte für CHF 65.– unsere «Ausschaffungs-Initiative» zu unterstützen. Wir freuen uns über jede Bestellung und danken Ihnen für Ihre Solidarität.

**Zu bestellen bei SVP Kreis 7
Barbara Kluge, Tel. 079 698 38 44
oder barbara@kluge.ch**



Fadegrad

Vom Wert der Freiwilligkeit



VON ROLF A. SIEGENTHALER

Freiwilligenarbeit steht hoch im Kurs. Nachdem die Uno das Jahr 2001 zum Jahr der Freiwilligenarbeit erhoben hatte, zieht die Europäische Union nach und will das Jahr 2011 dem gleichen Zweck widmen. Das war den Medien eine Nachricht wert, insbesondere weil dies dem Forum Freiwilligenarbeit Anlass war, wieder einmal auf die Bedeutung der Freiwilligkeit hinzuweisen und auf das kommende Jahr Aktivitäten anzukündigen. Damit kann das Forum Freiwilligenarbeit mit seiner sympathischen Geschäftsführerin auch gleich auf sich selbst aufmerksam machen – oder haben Sie diesen Verein gekannt? Nun wird ja niemand den Wert der Freiwilligenarbeit in Zweifel ziehen. Gerade in der Schweiz nicht, deren Bürger in unzähligen Vereinen tagein, tagaus, jahrein, jahraus gratis Gutes tun, sich im Stübli des Leuens treffen, um die Geschicke des «Chörlis», des Schwingclubs, Schützenvereins und was es sonst noch so gibt, zu lenken. Doch auch in den Familien werden Kranke und Alte gepflegt, ohne dass jemand nach Entschädigung fragt. Was braucht es denn hier einen Verein, der im Namen von 80 verschiedenen Organisationen und mit der Unterstützung von Prominenz aller Parteien für die Freiwilligenarbeit wirbt? Grundsätzlich basiert unser Staatswesen darauf, dass diejenigen, welche die Fähigkeit dazu mitbringen, der Gesellschaft ihre Dienste zur Verfügung stellen. Das wird im Artikel 6 sogar in unserer Bundesverfassung für alle festgeschrieben. Neben der moralischen Verpflichtung der Fähigen, sich im Rahmen des Milizprinzips für das Gesamtwohl einzusetzen, gibt es ökonomische Untersuchungen zur Frage, weshalb sich Menschen gemeinnützig engagieren. Darüber berichtete die NZZ noch am 11. März des laufenden Jahres. Die Ökonomie geht davon aus, dass es Gründe gibt, weshalb ein Mensch etwas tut. Er muss irgendeinen Nutzen daraus ziehen. Das kann in einer Investition in die Zukunft sein, indem man heute etwas tut, um allenfalls über höheres Ansehen seine eigene Marktkraft auch im Beruf zu erhöhen oder aber, indem man einen direkten Nutzen aus der gewählten Tätigkeit zieht, indem diese Freude macht, der eigenen sportlichen Betätigung zu niedrigeren Kosten als im Fitnesscenter dient oder ganz einfach soziale Kontakte ermöglicht. Freiwilligenarbeit funktioniert demnach dort, wo ein Nutzen darin liegt. Vereine zur Förderung der Freiwilligenarbeit, Sozialzeitkontrollen, Zertifizierungen und ähnlicher Schabernack zerstören viel eher die Freude an der Tätigkeit, weil sie auch hier die Bürokratie vorantreiben. Das einfache, gemeinsame Erbringen einer Leistung zur eigenen Freude und dem Wohl anderer, bleibt dabei auf der Strecke. Es wächst der an Gewissheit grenzende Verdacht, dass die Förderer der Freiwilligenarbeit selten ohne Bezahlung arbeiten dürften – aber das ist schliesslich auch ein Nutzen.

ALLIANZ VON FDP, CVP UND BDP GEGEN SVP AUF BUNDESEBENE:

Stärkung der linken Politik in den Städten

In der «Basler Zeitung» vom letzten Wochenende wurden offenbar bestätigte Pläne veröffentlicht, wonach FDP-Präsident Pelli «ich will um jeden Preis unsere Macht erhalten» zusammen mit der CVP und der BDP einen Anti-SVP-Pakt für die Wahlen 2011 schmiedet.



GEMEINDERAT ROGER LIEBI, PRÄSIDENT SVP DER STADT ZH

Diese Pläne sind umso bedauerlicher, als gerade auch in der Stadt Zürich in den letzten Wochen auf präsidialer Ebene völlig entgegengesetzte Gespräche geführt wurden und nach der Präsidentschaftswahl in der FDP der Stadt Zürich weitergeführt werden sollten. Selbst aus der CVP gibt es Anzeichen, wirt-

schaftspolitisch wieder klar bürgerlicher zu politisieren.

Schädlich für Wirtschaft und Gewerbe

Es besteht ganz bestimmt zwischen SVP und FDP Einigkeit im Grundsatz darüber, dass sich die linke Mehrheit in der Stadt Zürich langfristig gewerbe- und wirtschaftsschädlich auswirkt. Die SVP der Stadt Zürich strebt – wie bereits vor den Gemeinde- und Stadtratswahlen 2010 und anlässlich des ersten Wahlganges bei der Ersatzwahl Ledergerber – eine Kooperation mit

der FDP zur Bewahrung und zum Ausbau eines starken Gewerbe-, Wirtschafts- und Finanzplatzes Zürich an, selbst dann, wenn unsere konkreten, schriftlichen Angebote aufgrund eigener Machtbehauptungsansprüche von der FDP oder deren Basis bisher immer wieder unterlaufen wurden. Die Resultate sind augenfällig und zu Lasten von FDP und CVP!

Jeder mit einigermaßen offenen Augen durch die Schweiz wandelnde Politiker weiss heute, dass die Macht der Städte in den kommenden Jahren auch aufgrund des Bevölkerungs-

wachstums zunehmen wird. Linke Initiativen wie Metropolitanraum usw. unterstreichen den Machtanspruch exemplarisch. Es braucht wie oben erwähnt aus bürgerlicher Sicht mehr denn je ein Mit- statt ein Gegeneinander.

Beziehungen extrem gefährdet

Vor diesem Hintergrund ist es für die SVP der Stadt Zürich völlig unverständlich, wenn die wieder gewonnenen guten Beziehungen zwischen SVP, FDP und auch CVP gerade in der grössten und wirtschaftlich wichtigsten Schweizer Stadt wegen präsidialer Anti-SVP-Reflexe auf Bundesebene in unverantwortlicher Weise regelrecht mit Füßen getreten und extrem gefährdet werden und damit umgekehrt die Linke gestärkt wird. Die SVP der Stadt Zürich beobachtet diese Entwicklung mit Sorge und behält sich vor, ihre Gespräche mit der FDP vorerst zu sistieren.

Generalversammlung der SVP Stadt Zürich Kreis 3

Nicht nur die ausgezeichneten Ergebnisse der Gemeinderatswahlen, sondern auch der engagierte Einsatz für die Bevölkerung bescherten der SVP Stadt Zürich Kreis 3 einen grossen Aufmarsch an ihrer diesjährigen Generalversammlung. Nebst dem Rückblick auf ein intensives und erfolgreiches Politjahr standen die Neuwahlen in den Vorständen im Zentrum.



M. CHRISTOFFEL VORSTAND SVP STADT ZH KREIS 3

Die diesjährige Generalversammlung der SVP Stadt Zürich Kreis 3 ging am 4. Mai 2010 im Restaurant Oberes Triemli über die Bühne. Der scheidende Präsident Christopher Vohdin führte souverän durch den kurzweiligen Abend. Alle traktandierten Geschäfte und Anträge wurden speditiv abgearbeitet, von der Generalversammlung absegnen sowie die entsprechenden Dechargen einstimmig erteilt.

Jahresrückblick

Die Stadt und Gemeinderatswahlen vom 7. März 2010 bildeten unbestritten den Höhepunkt des vergangenen Politjahrs. Dabei erzielten alle für die SVP Stadt Zürich Kreis 3 kandidierenden persönliche Bestergebnisse, was in der Wahl von Marina Garzotto, Roger Liebi und Roland Scheck in den Gemeinderat mündete.

Wie von der Wählerschaft erwartet, nahm die SVP Stadt Zürich Kreis 3 zu allen Themen und Vorlagen stets klar Stellung: Dazu zählten beispielsweise

das Engagement gegen das mittlerweile kläglich gescheiterte Geothermieprojekt im Triemli, die Rückerstattung der von der Stadt Zürich zu Unrecht eingeforderten Gebühren für Standaktionen, der Kampf gegen die inakzeptable Hausbesetzerszene sowie das Erwirken der Volksabstimmung vom 13. Juni 2010 über die unsägliche Neugestaltung der Schmiede Wiedikon.

Neuerungen im Vorstand

Der Vorstand der SVP Stadt Zürich Kreis 3 erfuhr einige Neuerungen: Danuel Jörger übernahm von Christopher Vohdin das Amt des Präsidenten und Elisabeth Liebi und Edith Kuriger wurden neu in den Vorstand gewählt.

Leider trat nach langjährigem Einsatz Jack Rusch aus dem Vorstand zurück. Seine grossen Verdienste für den nachhaltigen Erfolg der SVP wurden mit heftigem Beifall gewürdigt.

Ausklang mit traditionellem Nachtessen

Nach dem offiziellen Teil fand die Generalversammlung ihren traditionellen Ausklang mit einem delikaten Nachtessen und feinem Dessert. Im geselligen Beisammensein wurden noch so manche SVP-Episode zum Besten gegeben.



Christopher Vohdin (links) übergibt Danuel Jörger die Präsidentschaft der SVP Stadt Zürich Kreis 3.



Einladung zur Delegiertenversammlung der SVP der Stadt Zürich

Donnerstag, 20. Mai 2010, 19.30 Uhr
Hotel-Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10,
8052 Zürich, Telefon 044 308 34 00
(Tram Nr. 14 bis Endstation Seebach / PP vorhanden)

Traktanden

1. Begrüssung / Mitteilungen
2. Wahl der Stimmzähler
3. Parolenfassung zu den folgenden städtischen Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 2010:
 - **Schmiede Wiedikon u. Umgebung, Neugestaltung Strassenraum, Objektkredit 3,154 Mio. Franken**
Referenten: JA Gemeinderat Markus Knauss (Grüne)
NEIN Gemeinderat Roland Scheck (SVP)
 - **Standortbeitrag und Landabtretung zwecks Erweiterungsbau des Schweizerischen Landesmuseums von 10 Mio. Franken**
Referenten: JA Gemeinderat Rolf Stucker (SVP)
NEIN: Nationalrat Dr. Christoph Mörgeli (SVP)
 - **Volksinitiative «Freie Allmend»**
Referent: Kantonsrat Christopher Vohdin (SVP)
 - **Volksinitiative «Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich»**
Referent: Gemeinderat Roger Liebi (SVP)
4. Wettbewerb SVP-Mitgliederwerbung
Preisverteilung an die Gewinner durch Margrit Haller, Präsidentin SVP Frauengruppe Stadt Zürich
5. Diverses

Mit freundlichen Grüssen
SVP der Stadt Zürich
Gemeinderat Roger Liebi,
Stadtparteipräsident

Einladung zur Mitgliederversammlung SVP Zürich 8

Dienstag, 18. Mai 2010, 19.30 Uhr
Restaurant Hegibach, Neumünsterstrasse 34, 8008 Zürich

Traktanden

1. Begrüssung
2. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 5. Mai 2009
3. Jahresbericht
4. Genehmigung der Rechnung des Geschäftsjahres 2009
5. Festlegung des Jahresbeitrages
6. Wahl des Vorstandes
7. Antrag H.-P. Amrein: Zusammenarbeit Kreisparteien 7 und 8
8. Jahresausblick
9. Verschiedenes
10. Schluss

Im Anschluss: Referat von Nationalrat Hans Fehr: «Aktuelles aus Bundesbern»

Wir freuen uns, Sie begrüssen zu dürfen.



